

# Die Baugewerkschaft

Organ

des Zentral-Verbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands.

Herausgegeben vom Verbandsvorstande.

Geschäftsstelle: Berlin O., Müldersdorferstr. 60. — Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4337.

Schriftleitung:

Berlin O., Müldersdorferstraße 60

Abonnements-Bestellungen, Anzeigen u. sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Schluss der Redaktion: Montag morgens 8 Uhr.

Erscheint jeden Sonntag.

Abonnementspreis pro Quartal 1,50 Mk. (ohne Bestellgeld), bei Zusendung unter Kreuzband 1,70 Mk.

Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Anzeigenpreis: die viergespaltene Petitzeile 40 Pfg.

Nummer 42.

Berlin, den 16. Oktober 1910.

11. Jahrgang.

## Inhaltsverzeichnis.

**Großstädtische Wohnungsverhältnisse.** — Der Baudelegierte. — Rundschau: Herbstaison im Baugewerbe. Zur Regelung der Heimarbeit. Ein unglaublicher Fall von Arbeiterinnen-Ausbeutung. Das rheinisch-westfälische Ziegeleisyndikat gescheitert. — **Wirtschaftliche Bewegung.** — **Verbandsnachrichten:** Sozialpolitische Unterrichtskurse. Wachen. Breslau. Hagen. Ingolstadt. Remben-Schiltberg. Müllhausen i. E. Saarbrücken. Waldenburger Bezirk. — **Soziale Wahlen.** — **Gerichtliches.** — **Von den Arbeitsstellen.** — **Zentralverband christlicher Bauarbeiter Deutschlands.** — **Bekanntmachungen.** — **Anzeigen.**

## Großstädtische Wohnungsverhältnisse.

Mehr und mehr tritt in der neueren Zeit die Frage der Wohnungsfürsorge in den Vordergrund der allgemeinen Wohlfahrtspflege. Und mit Recht. Nur allzulange hat man gerade in diesem Gebiete nicht die nötige Aufmerksamkeit gewidmet. Die soziale Seite des Wohnungsproblems ist aber von eminent praktischer Bedeutung. Es ist das Verdienst des Reichstagsabgeordneten Jäger, daß er dieses Problem parlamentsfähig gemacht hat. Denn daß auch der Staat sich damit in intensiver Weise beschäftigen muß als bisher, unterliegt keinem Zweifel. Zwar haben gemeinnützige Gesellschaften auf dem Felde des Wohnungsbaus vieles geleistet, eine Reihe von Kommunen entwickeln seit einigen Jahren eine vorbildliche Wohnungspolitik, besonders im Westen und zum Teil auch im Süden von Deutschland, und einige Teilstaaten haben in der Wohnungsgesetzgebung nennenswerte Fortschritte gemacht, aber gerade der größte Einzelstaat, Preußen, hat bis jetzt keine den modernen Anforderungen angepaßte Wohnungsgesetzgebung aufzuweisen.

Und doch ist die Wohnungsfürsorge so wichtig, vor allem in den Städten. Mit Riesenschritten schreitet die Verstädterung vorwärts; immer größere Heere von Menschen suchen und finden dort Unterkommen. Damit steigt die Bodenrente enorm, es steigen die Mietpreise, es steigt die Wohnungsnot. Ein hoher Prozentsatz des Arbeitseinkommens wird von den Mieten verschlungen und so der allgemeine Kulturniveau der unteren Klassen wesentlich behindert und verlangsamt. Ganz abgesehen von den großen sittlichen und gesundheitlichen Gefahren, die mit dem enggedrängten Wohnwesen verbunden sind.

Ein oberflächlicher Beobachter könnte zwar der Meinung sein, daß es mit der Wohnungsnot in den Großstädten nicht so schlimm sei, daß auch die Mietskafemier ihre Schreden verloren hätten, wenn derselbe nämlich die Wohnungsfrage beurteilen will aus der äußeren Gestalt der Miethäuser. Gewiß, diese Wohnungsstolosse sind heute im allgemeinen nicht mehr rauchgeschwärzte Backsteinbauten, wie ehemals; wenigstens nach der Straßenfront hin sind die Miethausunternehmer bemüht, solchen Bauten vielfach ein pomphaftes Aussehen zu geben, das freilich von Kunst weit entfernt ist, auf viele Menschen aber dennoch einen imponierenden Eindruck macht. Und so mag es kommen, daß mancher, der nur von außen die Häuser betrachtet, dem eigentlichen Wohnungsproblem aber nicht auf den Leib rückt, der Ansicht ist, daß die Wohnungsnot ein übertriebenes Schlagwort sei.

Da ist es nun immer zu begrüßen, wenn auf statistisch unanfechtbare Weise die tatsächlichen Wohnungsverhältnisse klargestellt werden. Das Statistische Amt der Stadt Berlin hat sich ein großes Verdienst um die wissenschaftliche Förderung des Wohnungsproblems erworben dadurch, daß es seine vorzügliche Statistik veröffentlicht hat. Was uns diese Statistik lehrt, ist freilich in vielen Punkten sehr traurig, überraschend und stimmt zu ernstlichem Nachdenken.

Ende Oktober 1905 gab es in Berlin 27628 bewaute Grundstücke, von denen 26434 bewohnt waren. Dazu kamen noch 970 bewohnte Schiffe. In Schiffe hatten ihre Wohnung 3394 Personen, eine Anzahl, welche der Bevölkerung eines kleinen Landstädtchens gleichkommt.

Auf ein bewohntes Grundstück entfielen im Gesamtdurchschnitt 77 Bewohner. In einzelnen Teilen der Stadt findet sich naturgemäß eine größere Wohnungsbedichtigkeit. Doch die Durchschnittszahl gibt noch kein richtiges Bild. Viel wichtiger ist die Frage, wie viele Gebäude über den Durchschnitt bewohnt waren. Da ergibt sich nun, daß in: 2833 Gebäuden (darunter 1 Anstalt) 101—125 Personen 1810 " " 3 Anstalten 126—150 " 1096 " " 1 Anstalt 151—175 " 554 " " " 176—200 " 628 " " " 201—300 " 98 " " " 301—400 " 11 " " " 1 Anstalt 400—500 " 39 " " 2 Anstalten über 500 "

Wohnten. In den letzten 39 Gebäuden wohnte also eine Bevölkerungszahl, die einem ganzen ländlichen Gangebiet gleichkommt. Man sieht daraus, daß das Miethaus, die Zusammenbrängung vieler Menschen in einem einzigen

Gebäude, in Berlin noch einen großen Teil der Gesamtbevölkerung beherbergt.

Weit wichtiger aber als diese Ziffern sind die Einblicke, welche uns die Statistik gestattet in die Größe der Wohnungen. Vom sozialen Standpunkte aus ist es von größter Bedeutung, wieviel Wohnraum für die einzelnen Familien zur Verfügung steht. Da zeigt sich nun, daß unter den bewohnten Wohnungen nicht weniger als 4452 bloß aus einer Küche bestanden, wozu noch 495 Wohnungen kommen, die aus einem unbeheizbaren Zimmer ohne Küche bestanden, von den Schiffwohnungen und den Wohnungen, die in einem Gewerberaum sich befanden, ganz abgesehen. Dann folgen 34254 Wohnungen aus einem heizbaren Zimmer ohne Küche und rund 189 000 aus einem heizbaren Zimmer mit Küche. Von den ferneren Zahlen mag noch bemerkt sein, daß 145 000 aus zwei heizbaren Zimmern mit einer Küche bestanden. Nur etwa ein Fünftel aller Wohnungen hatten mehr als zwei heizbare Zimmer. Sind schon diese Zahlen geeignet, ein grelles Licht auf die Wohnungsverhältnisse unserer Metropole zu werfen, so sprechen andere Ziffern eine noch düstere Sprache von wirklicher Wohnungsnot. Finden sich doch von den Wohnungen, die nur aus einer Küche bestehen, nicht weniger als 534, die von 3 bis 4 Personen, 117, die von 5 bis 6 Personen, und 26, die von 7 bis 12 Personen bewohnt sind. Von den Wohnungen mit einem heizbaren Zimmer, von der Küche abgesehen, hatten 27 000 je 5, rund 14 000 je 6, rund 9 000 je 7 bis 19 Bewohner und über 400 Wohnungen 10 bis 13 Bewohner. Solche Zahlen reden eine deutliche Sprache von herrschender Wohnungsnot. Dabei ist zu bedenken, daß die Wohnungen verhältnismäßig sehr teuer sind. Die Preise für Einzimmerwohnungen mit oder ohne Küche schwanken in den Vorderhauswohnungen von 150 bis 450 M, in den Hinterhäusern kosteten bei weitem die meisten Wohnungen dieser untersten Größenklasse 151 bis 300 M, doch kamen auch hier in 587 Fällen Preise von 300 bis 450 M und in einigen wenigen Fällen bis 600 M vor. Bei Zweizimmerwohnungen in Vorderhäusern schwankte in den weitaus meisten Fällen der Preis zwischen 300 und 600 M, während er in den Rückgebäuden in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle 300 bis 450 M betrug. Mit steigender Größe der Wohnungen steigt naturgemäß der Mietpreis, doch tritt eine relative Verbilligung ein. Auf Einzelheiten, die in großen Mengen in der betreffenden Statistik noch angeführt sind, kann im Rahmen dieses Artikels nicht eingegangen werden. Aber schon diese wenigen Zahlen reden eine wichtige Sprache von der in Berlin herrschenden Wohnungsnot. Es wäre aber falsch, zu glauben, daß dieselbe auf eine mangelnde Bautätigkeit zurückzuführen sei, denn gerade in letzter Zeit mehrte sich der Prozentfuß der leerstehenden Wohnungen. Von zwei Prozent im Jahre 1906 ist derselbe gestiegen auf 4 1/2 Prozent im Jahre 1909. Es ist aber daraus ersichtlich, daß die einzelnen Miethausbesitzer die Preise derartig distanzieren, daß die kleine Arbeiterbevölkerung eben größere Wohnungen nicht mehr mieten kann.

## Der Baudelegierte.

Sollen in einer Organisation Fortschritte erzielt werden, so muß stets eine von allen Kollegen betriebene unermüdete Agitation stattfinden. Daher ist es notwendig und nicht liegt näher, als den Weg einzuschlagen, der am leichtesten und meisten Erfolg verspricht: Das Baudelegiertentwesen fördern. Es ist eine der ersten und größten Pflichten, die wir in der Organisation zu erfüllen haben. Trotzdem auf diesem Gebiet die erfolgreichste Arbeit geleistet werden kann, hält es ein großer Teil Kollegen nicht für notwendig, auf diesem Gebiete mitzuarbeiten. Mancher ist ja in diesem Jahre aus seiner „unheimlichen Ruhe“ aufgeschreckt worden. Aber heute, nachdem Friede geschlossen, Erfolge erzielt sind, scheint die alte Ruhe wieder ihren Einzug zu halten, besonders auf dem Gebiete des Baudelegiertentwesens. Ueber die Folgen dieser „Ruhe“ wird wenig oder gar nicht nachgedacht. Deshalb ist es an der Zeit, ernstlich auf die Folgen hinzuweisen und Winke zu geben, dieselben zu verhüten.

1. Fangen Arbeiter auf der Baustelle an und werden nicht sofort nach ihrer Organisationszugehörigkeit ernstlich gefragt, so hält es schwer, sofern dieselben indifferent sind, sie nachträglich für die Organisation zu gewinnen. Ist aber ein Delegierter da, der sofort und entschlossen an den Arbeiter herantritt, so macht dieses einen entschiedenen Eindruck auf ihn und ist der Neueintretende meist sehr leicht zu gewinnen. Hat der Indifferente aber Zeit, sich zu erholen, ob noch mehr Indifferente dort arbeiten, oder ob der Polter bzw. der Arbeitgeber der Organisation nicht hold ist, so wird er dadurch, daß er dieses erfahren hat, in seinem Indifferentismus vielleicht noch bestärkt.

2. Werden auf den Baustellen nicht regelmäßig mindestens alle 14 Tage die Bücher revidiert, so wird durch diese Unterlassung dem Hauskassierer praktisch das Rückgrat gebrochen. Wissen die Lauen einmal, daß auf dieser Baustelle kein Delegierter ist, und daher keine Revision der Mitgliedsbücher statt-

findet, so werden sie nachlässig im Beitragszahlen, kommen in Rückstand, das Interesse schwindet und der Verlust ist da.

3. Ebenso haben schlecht besuchte Versammlungen größtenteils die Schuld einem mangelhaft durchgeführten Baudelegiertentwesen zuzuschreiben. Wird am Tage vor der Versammlung durch den Delegierten auf die Versammlung entsprechend hingewiesen, und bei der Bücherrevision kontrolliert, ob der Versammlungsstempel der betreffenden Versammlung im Buch eingebrückt ist, wird zweifellos der Besuch ein besserer sein.

Dieses sind nur einige von den vielen die Organisation schädigenden Folgen eines mangelhaft durchgeführten Baudelegiertentwesens.

Was ist nun die Ursache eines mangelhaft oder gar nicht durchgeführten Baudelegiertentwesens?

Hierbei muß einiges gesagt werden, was vielleicht beschämend für uns aussieht, aber es muß gesagt werden. Wir bemerken aber vorweg, daß, was im nachfolgenden gesagt wird, gottlob nicht für alle gilt, aber die es angeht, mögen es sich merken. Zunächst liegt die Ursache für ein mangelhaft durchgeführtes Baudelegiertentwesen meistens an den Vorständen der einzelnen Baustellen. Würde von den Zahlstellenvorständen mehr ideale Ueberzeugung, Energie, Opfermut und Ausdauer an den Tag gelegt, bliebe zweifellos der Erfolg nicht aus. Ein großer Teil Zahlstellenvorstände arbeitet nicht systematisch, sondern oberflächlich, darauf antworten lassend. Dieses überträgt sich auf die Mitglieder. Ueberall, wo unsichtiger, um sich schauernd Geist unter den Zahlstellenvorständen herrscht, steht auch das Baudelegiertentwesen gut. Eine weitere Ursache liegt zweifellos in der Konjunktur der beiden letzten Jahre, welche durch die schlechte Arbeitsgelegenheit und deren vielfache Ausnutzung durch die Arbeitgeber gegenüber den Baudelegierten, demoralisierend auf letztere gewirkt hat. Andererseits liegt es auch vielfach an der Gemütslichkeit und der oben bezeichneten Ruhe der Kollegen selbst. Macht man den Kollegen über ihre Verhalten Vorhaltungen, dann sagt man schließlich, ja heute mittag wird einer gewählt. Nun wird ein Kollege zur Wahl vorgeschlagen, schnell sagt er, das kann der besser machen, der hat mehr Zeit wie ich, dieser sagt wieder, ich bin zu jung, wählt doch einen älteren; dieser sagt, ich habe das so oft gemacht, das kann mal ein anderer machen, usw. Diese und ähnliche Redensarten sind keine Seltenheit. Was wundert man sich dann bei solchen Redensarten, wenn der Indifferentismus nicht beseitigt wird, der Laue abfällt und der Untertener den Vertrag nicht einhält? Soll das so weiter gehen? Haben die Kollegen nicht mehr aus der vergangenen Zeit gelernt? Wahrscheinlich, die Kollegen hätten anderes zu tun, als sich mit solchen faulen Ausreden von der Mitarbeit zu drücken suchen.

Was kann es uns nützen, jährlich Tausende von Mitgliedern aufzunehmen, wenn wir sie nicht festhalten? Auf der einen Baustelle da ist ein Delegierter, da wird der Indifferentismus beseitigt. Nun kommt der Aufgenommene nach einer anderen Baustelle, da ist kein Delegierter, niemand kümmert sich um ihn, und er ist, wie oben gesagt, kaum gewonnen, schon wieder verloren. Wenn mehr denn je das Wort gerbet werden muß über gewerkschaftliche Erziehung, dann gilt es vor allen Dingen denen, die mit Erzieher sein sollen — unseren Baudelegierten. Sie müssen mit allem Ernst in die Speichen unserer Gewerkschaftserziehung eingreifen.

Deshalb, Kollegen, raffen wir uns auf, jetzt ist die Zeit da. Beseitigen wir den Indifferentismus, stärken wir unseren Hauskassierern das Rückgrat und sorgen wir für guten Versammlungsbesuch. Bringen wir auch endlich in die Arbeit der Zahlstellenvorstände System hinein, das von wahren Idealismus und kluger Taktik getragen ist. Die Konjunktur ist jetzt eine gute, die muß ausgenutzt werden. Gewisse Aengstlichkeit muß schwinden, Ausreden verstummen. Ernstliche Mitarbeit müssen heute die Kollegen zeigen. Nur so begegnen wir der starken Mitglieder-Fluktuation, nur so leisten wir Erziehungsarbeit. In einer schönen Anzahl von Zahl- und Verwaltungstellen ist das Baudelegiertentwesen eingeführt und teilweise funktioniert es tadellos. Trotzdem scheint es angebracht, einiges über das, was unsere Zeit von dem Baudelegierten fordert, zu sagen. Unsere Zeit erfordert von dem Delegierten Wissen und Taktik. Wissen ist Macht, sagt ein altes Sprichwort. Ein Baudelegierter, der ohne Wissen dassteht, gleicht einer Vogelscheuche. Er soll aber derjenige sein, der seine Kollegen, seine Organisation auf der Baustelle vertritt. Er soll die Indifferenzen und diejenigen Andersorganisierten, die gemäß ihrer Gesinnung und Herkunft zu uns gehören, aufklären, sie für uns gewinnen. Er soll endlich derjenige sein, welcher darüber wacht, daß der Vertrag eingehalten wird. Dieses alles kann er aber nur dann vollständig, wenn er

1. den Werdegang der christlichen Arbeiterbewegung im allgemeinen und den seines Verbandes im besonderen kennt (Entstehung, Notwendigkeit, Einrichtungen und Erfolge).

2. Zweck, Ziele, oder mit anderen Worten gesagt: das wahre Gesicht der „freien“ Gewerkschaften und



3. die Bestrebungen der Arbeitgeberverbände, sowie eine genaue Kenntnis der tariflichen Bestimmungen.  
Das kann aber nicht immer und nicht vollständig in den Besprechungen bzw. Baudelegiertenkonferenzen gesagt werden. Daher ist notwendig, daß speziell die Baudelegierten sich mehr als sonst mit dem Studium obiger Punkte befassen. Das gibt Ueberzeugung, und diese bietet die Garantie für unermüdbare Agitation.

Ferner fordert die Zeit kluge Taktik. Es ist nicht einerlei, ob der Baudelegierte mit Bedacht oder Unbedacht arbeitet. Stets bedenken was wir tun. Das Verhalten der Baudelegierten zerfällt in drei Teile:

1. gegenüber dem Indifferenten,
2. gegenüber dem „Genossen“,
3. gegenüber dem Arbeitgeber.

Ueber die erstere Art des Verhaltens ist bereits weiter oben einiges gesagt. Hinzu kommt noch, daß es dabei selbstverständlich nicht an überzeugender Aufklärung fehlen darf.

Vorsicht gegenüber den „Genossen“ kann nicht schärf genug betont werden. Vor allen Dingen ist den „Genossen“ keine zu große Vertrauensseligkeit entgegenzubringen. Das schließt nicht aus, denselben stets zuvorkommend gegenüber zu sein. Niemals darf der Baudelegierte Maßnahmen gut heißen oder etwas unternehmen, das von den „Genossen“ inszeniert ist, ohne vorher mit seiner örtlichen Verbandsleitung Rücksprache genommen zu haben. Ferner darf der Baudelegierte niemals die Agitationsweise der „Genossen“ unbeachtet lassen, weil dieselbe sehr oft auch gegenüber in geradezu unerhörlicher Weise betrieben wird. Desgleichen ist es notwendig, um der Agitationsweise der „Genossen“ vollständig zu begegnen, daß alle Kollegen, besonders aber die Baudelegierten, eine politische Tageszeitung halten und selbstverständlich auch eingehend lesen. Dies ist deshalb notwendig, weil die „Genossen“ in der Agitation heute mehr das politische, als das gewerkschaftliche Gebiet betreten. Daher auch politische Aufklärung neben den konfessionellen Arbeitervereinen durch Lesen einer politischen Tageszeitung, und zwar einer solchen, die auch für unsere christliche Gewerkschaftsbewegung eintritt. Wenn heute vielfach noch über Mangel an Zeitungen, die für unsere Gewerkschaftsbewegung einreten, geklagt wird, so liegt es meistens daran, weil sich die christlichen Arbeiter zu wenig Einfluß durch Abonnement auf solche Zeitungen verschafft haben.

Auch gegenüber dem Arbeitgeber ist eine kluge Vorsicht zu beobachten. Der Baudelegierte soll stets eine Autorität seiner Kollegen gegenüber dem Arbeitgeber darstellen. Dazu ist erforderlich, daß er nicht allein auf gewerkschaftlichem Gebiet tadellose Führung hat, sondern auch sein Handwerk versteht. Stets pünktlich zur Arbeit sein, kein sogenanntes „Blaumachen“ und das leisten, was gerechterweise verlangt werden kann, sollen für einen Baudelegierten etwas Selbstverständliches sein. Seine Kritik über an solchen Mängeln, die ohne Kritik abgelehnt werden können. Das dürfen einige allgemeine Richtlinien sein, die, wenn sie stets befolgt und beachtet werden, zweifellos zur Stärkung unseres Verbandes beitragen werden. Bedenken wir stets: aller Erfolg beruht in praktisch betriebener Kleinarbeit. J. B.

### Rundschau.

**Herbstaison im Baugewerbe.** Daß die Bautätigkeit im Herbst dieses Jahres lebhaft werden würde, war nach der langen Mattigkeit während der Aussperrungszeit zu erwarten. Ob der Grad der Besserung aber so groß werden wird, wie es vielfach angenommen wurde, das ist vorläufig noch nicht zu sagen. Die Bautätigkeit lag während der Sommermonate in den verschiedenen Gegenden keineswegs gleichmäßig. In den Großstädten wurde zum Teil lebhaft gebaut, während auf dem Lande infolge der Enttarbeiten und auch im Hinblick auf die verführbaren Arbeitskräfte eine Abschwächung eintrat. In Mittelstädten mit Industrie brachten die Sommermonate reichliche Arbeitsgelegenheit für Fabrikneubauten sowohl als auch für Vergrößerungen. Kannehr hat sich zweifellos das Bild insofern schon verschoben, als in den Landbezirken die Bautätigkeit im Steigen begriffen ist, während in den Großstädten die herbstliche Belebung noch nicht voll in die Erscheinung getreten ist. Man wird die statistischen Berichte über den Arbeitsmarkt für den September abwarten müssen, bevor man den Grad der Herbstbelebung einwandfrei feststellen kann.

Der Uebergangsmontat August hat schon eine ganz erfreuliche Besserung gegenüber dem Vorjahr gebracht, wenn freilich auch gegenüber dem Juli dieses Jahres der Andrang etwas gestiegen ist. Jedenfalls hat im Vergleich zum Vorjahre seit Mai jeder weitere Monat eine Besserung des Arbeitsmarktes gebracht. Im Mai kamen nämlich auf je 100 offene Stellen für Bauarbeiter an den öffentlichen Arbeitsnachweisen durchschnittlich 182,9 Arbeitsjünger oder noch 70,6 mehr als 1909, im Juni waren es 159,3 oder nur noch 3,5 mehr. Der Juli brachte einen Andrang von 136,6 oder schon 11,3 weniger als 1909 und der August einen solchen von 145,3 oder 15,5 weniger. Im September dürfte am Arbeitsmarkt im Baugewerbe die Situation wohl ebenfalls befriedigend geblieben sein. Wenig erfreulich ließ sich bisher die Beschäftigung im Osten Deutschlands an, nachdem gerade hier im Frühjahr und zum Teil auch im Sommer sehr gerade gebaut worden war.

In Ost- und Westpreußen zeigt der Arbeitsmarkt gegenüber dem Vorjahre sogar eine Verschlechterung, der Andrang ist höher als 1909. In Gumbinnen, Allenstein, Graubenz, Thorn ließ die Bautätigkeit noch zu wünschen übrig, während in einigen andern Städten, wie z. B. in Jauerburg, die Tätigkeit etwas mehr befriedigte. Auch in der Provinz Brandenburg hielt sich die Bautätigkeit noch in engen Grenzen; der Andrang am Arbeitsmarkt stellte sich auf 185,6 gegen 171 in vergangenen Jahr. In Berlin, Frankfurt a. O., Cottbus, Wittenberg gab es noch nicht genug zu tun, um das Angebot voll aufnehmen zu können, aber die Aussichten auf die Weiterentwicklung sind fast durchwegs gut. In Pommern war die Bautätigkeit auf dem Lande schon recht lebhaft, in den Städten, speziell in Stettin, ist sie matt. Bemerkenswert ist die Biederbelegung im Baugewerbe Pommers, wo die Bautätigkeit nach langer empfindlicher Stotzung nun schon seit Monaten kräftig zunimmt. In der Provinz Schlesien ist die Baukonjunktur für das Arbeiterangebot sehr befriedigend; der Andrang am Arbeitsmarkt beträgt nur 108,7 gegen 129,2 und in den Städten Bielefeld, Glogau, Liegnitz, Silesien und Glatz bieten zahlreiche Neubauten reichlich Beschäftigung. Besonders befriedigt gegenüber dem Vorjahre hat sich die Bautätigkeit auch in der Provinz Sachsen, während sie in Schleswig-Holstein und Hannover hinter der vorjährigen an Lebhaftigkeit zurückbleibt. Schleswig-Holstein weiß einen Andrang von 146,1 auf gegen 143,1, Hannover einen solchen von 139,8 gegen 112,6 im Vorjahre. In Westfalen hat sich endlich die langgehobene Belebung durchgesetzt, so daß der Arbeitsmarkt

eine kräftige Belebung gegenüber dem Vorjahre aufweist. In Westfalen kamen auf je 100 offene Stellen durchschnittlich nur 80,8 Arbeitsjünger gegen 182,8 im Vorjahre, im Rheinland nur 113,4 gegen 185,1. Auch in Hessen-Nassau hielt der Andrang merklich hinter dem vorjährigen zurück. Wenn auch in einzelnen Städten, wie in Dortmund, Hamm usw., die Tätigkeit bisher noch matt war, so stehen doch für die nächste Zeit auch hier größere Bauten in Aussicht. In Essen, Krefeld, Düsseldorf, Köln usw. gestaltet sich die Bautätigkeit befriedigend. Im Königreich Sachsen spricht die Abnahme des Andrangs für eine Besserung.

Von den süddeutschen Landesteilen weisen so ziemlich alle eine kräftige Besserung gegenüber dem Vorjahre auf: in Bayern beträgt der Andrang am Arbeitsmarkt 108,6 gegen 139,2, in Württemberg 112,6 gegen 125,1 und in Baden 138,2 gegen 198,5. Besonders befriedigend liegt sich die Bautätigkeit in den Städten Chemnitz, Forstheim und Ulm an, während sie in Mainz, Karlsruhe und Nürnberg zu wünschen übrig liegt.

**Zur Regelung der Heimarbeit.** Einen bemerkenswerten Weg zur wirtschaftlichen und sozialen Hebung des Heimarbeiters hat der Gewerkschaftsverband der Heimarbeitenden Deutschlands eingeschlagen, indem er am 1. Oktober d. J. in Berlin eine eigne Betriebswerkstätte eingerichtet hat. Die Organisation geht dabei von der Erfahrung aus, daß allen bisherigen Verträgen, die Heimarbeitbedingungen günstiger zu gestalten, sich als ein starkes Hindernis der Leistung entgegenstellte, daß die fachliche Tüchtigkeit der Heimarbeitenden häufig genug den Anforderungen, die an sie gestellt wurden, nicht genügte. Deshalb ist einheimisch gut entlohnte Arbeit für die Mitglieder vorgesehen, weil sie den Probeauftrag nicht so auszuführen vermochten, wie er erwartet wurde. Da soll nun die neue Betriebswerkstätte helfen. Diese wird die besten Kräfte der 2500 organisierten Heimarbeitenden von Groß-Berlin vereinigen. Sie werden als Helferinnen einspringen für die kommenden Aufträge. Nach folgender Methode soll gearbeitet werden: Nicht Neulinge werden herangezogen, sondern Heimarbeitenden der betreffenden Branche, die gerade Arbeit brauchen. Jede von ihnen fertigt ein Probestück des Auftrags unter Aufsicht der Lehrmeisterin in der Betriebswerkstätte an. Fällt es einwandfrei aus, bekommt das Mitglied den auf ihn entfallenden Teil des Auftrags einfach zur Fertigstellung mit nach Hause. Zeigen sich in der Ausführung noch Mängel, so bleibt die Betreffende in der Werkstätte und erhält von der Lehrmeisterin die nötige Anleitung. Die Einrichtung der Betriebswerkstätte ist bereits gesichert, und in den Kreisen der Heimarbeitenden setzt man auf die neue Einrichtung große Hoffnungen.

**Ein unglaublicher Fall von Arbeiterinnen-Ausbeutung** findet sich im Bericht des Gewerbeaufsichtsamtes von Aachen für 1909. In einem warenhausähnlichen Konfektions- und Ausstattungsgeheimnisse wurden mehrere Arbeiterinnen an zwei aufeinander folgenden Tagen bis 3 Uhr nachts beschäftigt. Nach dreistündigen Ruhepausen im Geschäftsräum wurden sie morgens um 6 Uhr wieder zur Arbeit herangezogen, so daß sie erst am dritten Tage abends um 8 Uhr nach Hause gehen konnten. Der Geschäftsführer wurde zu 500 Mk Geldstrafe verurteilt, hat aber — Berufung eingelegt.

**Das rheinisch-westfälische Ziegeleisyn dikat gescheitert.** Wir entnehmen der „Frankfurter Zeitung“ folgende Notiz: „In den Kreisen der rheinisch-westfälischen Ziegeleisyn dikats besteht bekanntlich die Meinung, das letzte, aus lose zusammengeführten Verkaufsvereinen bestehende Rheinisch-Westfälische Ziegeleisyn dikat sei zu umgründen, und es auf einen Boden ähnlich dem des Kohlen-Syndikats zu stellen. Zahlreiche Mitglieder der Verkaufsvereine Bochum, Recklinghausen und Dortmund verpflichteten sich auch schon im Frühjahr, dem neuen Syndikat beizutreten. Die Angelegenheit machte aber keinen rechten Fortschritt, und so sieht sich das Syndikat heute genötigt, seinen Mitgliedern mitzuteilen, daß der zur Gründung des Syndikats nötige Prozentsatz beitretender Ziegeleien leider nicht erreicht, und damit der weitere Zusammenschluß als gescheitert anzusehen sei. Es waren 85 Prozent der herzustellenden Steinmengen vorgezogen. Die bereits geschlossenen Verträge sind hinfällig geworden.“

### Wirtschaftliche Bewegung.

Gesperrt sind: Lügde (Sperrung über das Geschäft des Unternehmers Wiehe; derselbe weigert sich, den abgeschlossenen Vertrag umzusetzen). Köln, gesperrt sind die Arbeiter des Zwischenmeisters Kurba um aus Bonn, Dorfmar (Streik der Maurer), Lemathe (wegen Nichtanerkennung des abgeschlossenen Tarifvertrages) und die Rheinisch-Westfälischen Kalkwerke, Abteilung Lemathe, bis auf weiteres für Maurer gesperrt), Werther i. W., Lage i. L. (Streik). Zugzug ist ferngefallen.

Bremen, den 19. September 1910.  
Sitzung des Bezirksschiedsgerichts betreffend Differenzen im Baugewerbe im Bezirk Wilhelmshaven im Betriebe der Firma Paul Koffel u. Co.

Gegenwärtig: die Herren Richter Dr. Friede als Vorsitzender; E. Meyer, Hoffmeyer, Bachhaus, Strudmann, als Vertreter der Arbeitgeber; Hoff, Hildebrand, Lanckenau, Zumbrodt, als Vertreter der Arbeitnehmer; G. Gerichthofschreiber Deters, als Protokollführer. Ferner waren erschienen: der Witinhaber der Firma Paul Koffel u. Co., Paul Koffel; der Vertreter des Bauarbeiterverbandes, Zweigverein Wilhelmshaven, Joh. Bruns.

Der Spruch der Schlichtungskommission zu Wilhelmshaven vom 7. September 1910 wurde verlesen. Es wurde dann der Vertreter der Firma Paul Koffel u. Co. gehört, hierauf der Vertreter der Arbeitnehmer, Bruns. Sodann fand eine allgemeine Besprechung der Sachlage statt. Die Firma Koffel u. Co. erkannte durch ihren Vertreter den Spruch der Schlichtungskommission von Wilhelmshaven vom 7. September 1910 als zu Recht bestehend an.

Das Schiedsgericht beschloß sodann die Herren Bollet, Tapfen und Jaworski in Wilhelmshaven darüber zu hören, ob beim Vertragschluß ausdrücklich besprochen ist, daß Betonarbeiten nicht erwähnt zu werden brauchen, da sie zu den Bauhilfsarbeiten gehören.

Termin zur Bernennung und weiteren Verhandlung sowie Entscheidung wurde anberaumt auf Freitag, den 23. September 1910, nachm. 6 Uhr. Die Weißer wurden mündlich geladen.

Dr. Friede, E. Meyer, Georg Hoffmeyer, H. Strudmann, L. Bachhaus, G. Hildebrand, Joh. Lanckenau, Ab. Hoff, H. Zumbrodt. Beglaubigt: Deters.

Fortgesetzt: Bremen, den 23. Sept. 1910.

Gegenwärtig: dieselben Gerichtsbeamten; ferner als Vertreter der Arbeitgeber: die Herren Meyer, Bachhaus, Strudmann und Rogge; als Vertreter der Arbeitnehmer: die Herren Hoff, Hildebrand, Lanckenau und Zumbrodt; als Vertreter der Parteien: die Herren Paul Koffel und Joh. Bruns; als Kunstverständigen: die Herren Bollet, Tapfen und Jaworski. Außerdem war als Ausschussmitglied erschienen: Herr Eduard Rabenstein, Beisitzer der Lohnkommission für die Arbeitnehmer in Wilhelmshaven. Zunächst wurde Herr Bollet gehört. Zur Person: Ich heiße Julius Bollet, Bauunternehmer in Wilhelmshaven, bin

34 Jahre alt, evangelischer Konfession, sodann zur Sache. Sodann Herr Jaworski: zur Person: Ich heiße August Jaworski, Geschäftsführer des Arbeitgeberverbandes in Wilhelmshaven, bin 30 Jahre alt, evangelischer Konfession. Sodann zur Sache: Ferner Herr Tapfen: zur Person: Ich heiße Johann Tapfen, Zimmermeister in Wilhelmshaven, Vertreter der Firma Paul Koffel u. Co. für Wilhelmshaven, bin 50 Jahre alt, evangelischer Konfession. Sodann zur Sache:

Auf die Bernennung des Herrn Rabenstein wurde seitens der Parteien verzichtet. Die Parteien erhielten sodann zu ihren Ausführungen das Wort.

Das Bezirkschiedsgericht gab sodann folgenden Spruch ab: 1. Die Firma Paul Koffel u. Co. hat in Wilhelmshaven bezüglich der Bauhilfsarbeiten den Tariflohn von 62 Pf. pro Stunde zu zahlen und die neunstündige Arbeitszeit innezuhalten, bezüglich der Zeit nach Abschluß des Tarifvertrages ist der Lohn, soweit zu wenig gezahlt ist, von der Firma Paul Koffel u. Co. nachzuzahlen.

2. Durch den Tarifvertrag, insbesondere durch die Ergänzung vom 4. August 1910, sind die Löhne für Spezialbetonarbeiter nicht geregelt, da diese nicht unter den Begriff der Bauhilfsarbeiten fallen und nach den Umständen und Zeugenaussagen anzunehmen ist, daß die derzeit als unter den Begriff der Bauhilfsarbeiten fallenden erwählten Betonarbeiten nur die normalen, bei den Baugewerksmeistern in Wilhelmshaven derzeit vorkommenden Bauhilfsarbeiten in Beton gemeint waren.

Gut. Rogge, H. Strudmann, G. Meyer, L. Bachhaus, Friede, G. Hildebrand, Joh. Lanckenau, H. Zumbrodt, Ab. Hoff. Beglaubigt für die Ausfertigung: Deters.

Trier. Hier sind die Dachdecker am 3. Oktober in den Streik getreten. Die Dachdeckermeister hatten auf die Forderungen der Gesellen (60 Pf. Stundenlohn) überhaupt nicht eingewilligt. Der bisherige Lohn beträgt 50 Pf. pro Stunde. Sämtliche Kollegen sind organisiert. Bei der Unmöglichkeit der Einigung und der günstigen Situation dürfte der Kampf nicht lange dauern. Zugzug ist ferngefallen.

**Kreuzburg-Konflikt.** Den Kollegen im Kreise Kreuzburg dürfte bekannt sein, daß unser Tarifvertrag am 1. April 1911 abläuft. Laut § 1 des Vertrages mußte der Vertrag am 1. Oktober er. gekündigt werden. Dies ist seitens der Organisation geschehen. Da die Arbeitgeber im Kreise Kreuzburg dem Arbeitgeberbunde angehören, haben wir beantragt, auf Grund des gefällten Schiedspruches in erneute Verhandlungen einzutreten. Die Kreuzburger Kollegen müssen sich aber nach wie vor rufen, denn keiner weiß, wie die Verhandlungen ausfallen werden und müssen ganz besonders jetzt zahlreich in den Versammlungen erscheinen, aber auch andererseits dafür Sorge tragen, daß ihre Bücher und Legitimationskarten sich alle in guter Ordnung befinden, denn falls das letztere nicht ist, wird jedem Kollegen bekannt sein, daß ihm dann Unterstützung nicht gewährt werden kann. Sorge also jeder für seine eigene Sache. Auch die Baudelegierten müssen ein etwas schärferes Auge auf die Bücherkontrolle haben.

**Rosenberg D. S.** Nachdem die Maurer und Zimmerer bei der Firma Buschke 8 Wochen lang in der Lohnbewegung standen, ist die Lohnbewegung für beendet erklärt. Die Firma Buschke hat zwar den Vertrag nicht schriftlich anerkannt, hat sich aber am Bürgermeisterrat mündlich bereit erklärt, die jetzt geforderten Löhne zu zahlen. Nebenbei sind auch unsere anderen Wünsche in der Abstellung der Mißstände beseitigt, und auch im Vertragsgebiete Kreuzburg, wo die Firma den Tariflohn nicht zahlte, gilt jetzt die Sache als erledigt, da auch dort der richtige Stundenlohn gezahlt wird. Die Rosenberger Kollegen mögen daraus sehen, daß es ihnen möglich ist, wenn sie zusammenhalten, auch ihren berechtigten Wünschen Anerkennung zu verschaffen. Allen ist bekannt, daß durch die Lohnbewegung manches erreicht wurde. Ganz besonders wurde auch der Rosenberger Unternehmern klar gemacht, daß sie nicht nach Belieben Gefangenarbeit auf den Baustellen dürfen verrichten lassen. Desgleichen wird man auch mit der Frauenarbeit in der nächsten Zeit etwas vorsichtiger sein und die gesetzlich festgelegten Stunden einhalten. Die Rosenberger Kollegen wissen aber, daß damit jetzt nicht alles erledigt, sondern daß am 1. April der Tarifvertrag für den Kreis Kreuzburg abläuft, und daß auch dann versucht werden muß, Rosenberg mit in das Vertragsgebiet Kreuzburg aufzunehmen. Auch die Rosenberger Unternehmer werden sich dann dazu bequemen müssen, den Tarifvertrag schriftlich anzuerkennen.

**Neuß.** Die Stukkateure und Putzer sind am Montag, den 3. Oktober, allgemein in den Streik eingetreten. Der Lohnsatz ist bereits im Frühjahr den Unternehmern zugegangen. Die Bewegung ist aber wegen der allgemeinen Bauarbeiter-Aussperrung zurückgestellt worden. Die Verhandlungen mit einzelnen Unternehmern sind resultatlos verlaufen. Eine Arbeitgebervereinbarung besteht nicht mehr, doch haben sie unter sich schon zweimal Beratungen gehabt. Vielleicht nimmt sich der Arbeitgeberbund noch einmal ihrer an, vorausgesetzt, daß sie in Zukunft Treue geloben. Uns kann es gleich sein. Die Arbeit wurde geschlossen niedergelegt und ruht auch heute noch. Es liegt an den Kollegen, wenn der Sieg auf unserer Seite sein soll.

### Verbandsnachrichten.

(Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sendet man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Montagmorgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Wir machen die Mitglieder in ihrem Interesse darauf aufmerksam, daß am 16. Oktober der dreißigste und dreißigste Wochenbeitrag fällig ist.

**Sozialpolitische Unterrichtskurse** werden diesen Herbst seitens des Bezirksartells des christl. Gewerkschaften a. d. Saar veranstaltet. Dieselben nehmen am Sonntag, den 16. Oktober, ihren Anfang. Es sollen folgende Themata behandelt werden: 1. Berufungstechnik (Ref.: Baltusch). 2. Entwicklung der Volkswirtschaft bis zum kapitalistischen System (Ref.: Väder). 3. Die neuere Entwicklung der Volkswirtschaft (Ref.: Ollmert). 4. Wesen und Charakter der Gewerkschaftsbewegung (Ref.: Germann). 5. Die „freien“ und Hirsch-Dunckerischen Gewerkschaften (Ref.: Engel). 6. Katholische Fachabteilungen und gelbe Gewerkschaften (Ref.: Vah). 7. Die christlichen Gewerkschaften (Ref.: Fodenhöfer). 8. Tarifverträge (Ref.: Beltum). 9. Der Sozialismus von F. Lassalle und Karl Marx (Ref.: Hauber). 10. Kritik des sozialistischen „Erfurter Programms“ (Ref.: Ollmert). 11. Die Verfassung des Deutschen Reiches (Ref.: Hauber). 12. Die Reichsverfassungsordnung (Ref.: Baltusch). Die Kurse finden statt: In Sulzbach a. M. Mittwochs 9 1/2 Uhr morgens und 6 1/2 Uhr abends, 19. und 26. Okt., 9. und 23. Nov., 7., 14. und 21. Dez., 11. und 18. Jan., 1. und 15. Febr., 1. März. In Quierfeld Dienstags 9 1/2 Uhr vorm. und 6 1/2 Uhr nachm., 1., 15. und 29. Nov., 13. und 20. Dez., 10. und 24. Jan., 7. und 21. Febr., 7., 14. und 21. März.



In Friedrichstal Donnerstags 1/10 Uhr vorm. und 6 1/2 Uhr nachm., 20. und 27. Okt., 10. und 24. Nov., 8. und 15. Dez., 12. und 19. Jan., 2. und 16. Febr., 2. und 9. März. Der Besuch der Kurse ist völlig unentgeltlich. Die Teilnehmer haben aber die Verpflichtung, Bleistift und Papier mitzubringen und die Kurse regelmäßig zu besuchen. Die Vokale werden allwöchentlich im Veranlassungsfalender bekanntgegeben.

**Maurer.**

**Aachen.** Bei der im September aufgenommenen Baufen- und Lohnstatistik im Lohngebiet Aachen wurden 75 Neu- bzw. Umbauten und sieben Reparaturen gezählt. Dort waren beschäftigt: 303 Maurer, 53 Poliere und 393 Bauhilfsarbeiter und 27 Lehrlinge. Von 258 Maurern und 333 Bauhilfsarbeitern wurde der Lohn ermittelt. Von den Maurern hatten: 23: 60, 32: 55, 2: 53, 41: 52, 53: 51, 66: 50, 21: 49, 7: 48, 12: 47, 1: 45 Pf. die Stunde. Von den Bauhilfsarbeitern hatten: 8: 45, 14: 43, 36: 42, 20: 41, 93: 40, 56: 39, 50: 38, 38: 37, 3: 36, 10: 35, 2: 34, 1: 33, 1: 31, 1: 25 Pf. pro Stunde. Es ist feststehend und bezeichnend, daß die auswärtigen Unternehmer, welche zurzeit hier Arbeiten ausführen, durchaus höhere Löhne zahlen als die einheimischen Unternehmer. Der Durchschnittslohn der Maurer beträgt 51,07 Pf., der der Bauhilfsarbeiter nur 39 Pf. Die Bauhilfsarbeiter werden meist mit niedrigeren Löhnen abgespeist, als der Tarif es zuläßt. Auch sind noch Geschäfte, wo noch Samstags ausgelöhnt wird. Aus der Statistik geht hervor, daß die Unternehmer den Staffellohn weidlich benutzen, um möglichst mit dem niedrigsten Lohnsatz wegzukommen. Der eigentliche Tariflohn ist heute 52 Pf., und der der Bauhilfsarbeiter 42 Pf. Während die Unternehmer sich bei den Maurern meist an der untersten Grenze halten, gehen sie bei den Bauhilfsarbeitern unter die Mindestgrenze weit herunter. Bei den Maurern sind es 98, welche den Tariflohn und darüber haben, während es 160 sind, welche unter dem 52-Pf.-Lohnsatz stehen. Bei den Bauhilfsarbeitern haben erst 58 den Tariflohn und darüber, während es 275 sind, die unter dem 42-Pf.-Lohnsatz stehen. Sind es doch sogar 18, welche noch weniger als den Mindestlohn haben. Außerdem hat unsere Organisation Feststellungen gemacht, wie die Lohnerhöhung für die einzelnen Kollegen seit dem Tarifabschluß 1907 bis heute stattgefunden hat. Hier besteht leider noch der Staffellohn. Angesichts der vielen Klagen unserer Kollegen, daß sie die Lohnerhöhung nicht erhielten, wie sie im Tarif vorgesehen war und ist, war es notwendig, festzustellen, was der einzelne Kollege nach dem Tarifabschluß 1907 für einen Lohn hatte, und welchen er heute hat. Nach dem alten Tarif mußten für jeden Kollegen von Ende 1907 bis 31. März 1910 vier Pfennig Lohnerhöhung, gleichviel, welchen Lohn er hatte, eintreten. Nach dem jetzigen neuen Tarif hat ein weiterer Pfennig Lohnerhöhung stattgefunden. Somit müßte jeder Kollege vom 1. April 1908 bis heute eine Lohnerhöhung von fünf Pfennig erhalten haben. Es ist nun eine Stichprobe vorgenommen worden, indem von 98 Maurern und 53 Bauhilfsarbeitern der Stundenlohn von Ende 1907 und der jetzige Lohn ausgefragt worden ist. Von den 98 gezählten Maurern haben zwei eine Lohnerhöhung von sieben Pfennig, drei eine solche von sechs Pfennig und nur zehn eine solche von fünf Pfennig, 18 von vier Pfennig, 24 von drei Pfennig, 16 von zwei Pfennig, zehn von einem Pfennig, sieben haben gar keine Lohnerhöhung erhalten, fünf haben jetzt einen Pfennig weniger, einer hat zwei, und zwei haben heute drei Pfennig weniger wie Ende 1907. Von den 53 Bauhilfsarbeitern haben drei Lohnerhöhung von fünf Pfennig, fünf von vier Pfennig, 14 von drei Pfennig, neun von zwei Pfennig, elf von einem Pfennig, und acht haben gar keine Lohnerhöhung erhalten. Zwei Kollegen haben heute einen Pfennig weniger und einer hat zwei Pfennig weniger wie am Ende des Jahres 1907. Das ist die Frucht des Staffellohnes, wie er hier gehandhabt wird. Unsere Kollegen mögen daraus ersehen, welche Ausbeutung und Ungerechtigkeit damit betrieben wird, und wie notwendig es ist, daß die Forderung des Einheitslohnes 1913 hier unbedingt erhoben werden muß, damit dieses willkürliche Bezahlung ein Ende nimmt. Wir haben nicht verfehlt, dem Arbeitgeberverband dieses zu unterbreiten, und in einer Schlichtungskommission am 29. September mit den Unternehmern uns unterhalten. Wie immer ihnen solche Feststellungen unangenehm sind, suchten sie dieses anzuzweifeln. Da wir ihnen aber mit Namen dienen können, haben sie kein Glück damit, selbst dann nicht, wenn sie auch dagegen protestieren. Hier liegt die Ungerechtigkeit und willkürliche Ausnutzung des Staffellohnes klar zutage. Es muß jetzt Aufgabe der Kollegen sein, zu rüsten, die unorganisierten Kollegen mit Ausdauer aufzuklären, und zu agitieren, damit die Organisation stark genug wird, auch hier 1913 die Forderung des Einheitslohnes durchzusetzen.

**Aachen, 30. September.** Die Frucht sozialdemokratischer Erziehung macht sich auch in Aachen wieder bemerkbar. Am Neubau der Waggonhalle am elektrischen Straßenbahndepot an der Scheibenstraße arbeiteten neben mehreren „frei“ organisierten Bauhilfsarbeitern auch einige christlich organisierte Kollegen als Maurer. Wiederholt versuchten die Genossen, unsere Kollegen zu bewegen, sich umschreiben zu lassen. Diese lehnten das ab. Von der Zeit an begannen die Genossen mit allerlei Schikanierungen; Schimpfnamen und allerlei Drohungen wurden laut. Worte, wie: die Schwarzen müssen hier heraus, oder wir schlagen ihnen die Knochen kaputt; es kommt uns kein Schwarzer mehr dazwischen und dergleichen waren täglich zu hören. Man ließ die Kollegen auf Material warten, damit sie infolge ihrer behinderten Arbeit bei der Leitung in Ungnade fallen sollten. Geradezu in frivoler Weise verstießen sie wissenschaftlich die Unfallverhütungsvorschriften, indem sie zu zweien Steine und Mörtel gleichzeitig auf das Gerüst abwarfen, und Gefahr für das Leben herbeiführten. Die Kollegen mußten sich die absichtliche böswillige Arbeitsweise verbitten, wodurch der Haß der Genossen noch stieg. Dazu kommt, daß die „frei“ organisiert sein wollenden Genossen darauf drängten, daß die tarifliche Arbeitszeit durchbrochen und 11 Stunden gearbeitet werde, womit selbst die Leitung nicht einverstanden war. Am Montag, den 26. Septbr., tat der Schnapsteufel sein möglichstes, und als wieder das Spiel durch zwei und zwei Stein- und Mörtelträger, das Gerüst über die Maßen plötzlich zu belasten, beginnen sollte, verbot dieses die Leitung; daraufhin griffen die Genossen dieselbe tödlich an und mißhandelten sie, so daß polizeiliche Hilfe gerufen werden mußte. Das Skandalieren war derart, daß nicht weniger als acht Schutzleute zur Stelle waren, den inzwischen verunsicherten Menschaufmarsch verdrängten und die Straßen absperren mußten. Selbst die Schutzleute wurden angegriffen. Der ganze Janbagel schien aufgeben zu sein, welcher die arbeitenden Kollegen auch belästigte, so daß diese die Arbeit um ihrer Sicherheit willen einstellen. Die Folge war denn auch, daß einzelne Verhandlungen erfolgten. Was war die Ursache dieser Handlungsweise? Nur der Haß und die Unduldsamkeit der Genossen gegen die christlich organisierten Kollegen. In einer Zeit, wo die Durchführung des Tarifs alle Kräfte erfordert, fängt man an, gegen die christlich organisierten Kollegen Terrorismus auszuüben. Unsere Kollegen mögen sich daher in den Zustand hincindenken, wenn die Genossen mal in der Mehrheit sein würden. Der Terrorismus würde auch hier manchen unserer christlichen Kollegen außer Arbeit und Brot bringen, und zwar nur deshalb, weil er seine christliche Ueberzeugung hochhalten will. Dieses Treiben ist aber geradezu arbeiterschädigend und wir sollten daher alles aufbieten, um alle die Kollegen aufzuklären, welche noch etwas Moral besitzen, daß sie sich von einer solchen Gesellschaft abwenden. Unsern Verband stärken, heißt diese Gesellschaft nicht hochkommen zu lassen. Im nächsten Monat ist die Wahl der Arbeitervertreter zur Ortskrankenkasse 6, wo ein

heißer Kampf entbrennen wird. Dort muß jeder Kollege seinen Mann stellen. Angesichts des fanatischen Hasses der Genossen können wir uns jetzt schon vergegenwärtigen, mit welchen Mitteln bei dieser Wahl gekämpft werden wird. Mögen unsere Kollegen nur eifrig ihren Mann stellen, zur Fahne der christlich-nationalen Arbeiterschaft halten, und bei der Wahl ihre Pflicht voll auf tun, damit, wie auch bei der vergangenen Gewerbegerichtswahl, nicht die Genossen, sondern wir die Sieger werden. Darum agitiert und stärkt unsere Organisation, damit der Terrorismus der Genossen verschwindet und der gesunde Einfluß der Arbeiterschaft erhalten und gestärkt wird.

**Breslau.** Der Zentralverband christlicher Bauarbeiter Deutschlands hielt am Dienstag, den 4. Oktober cr., im Lokale Egner, Mauritiusplatz 4, eine gut besuchte Versammlung ab, in welcher der Gewerkschaftssekretär Pfeffer einen Vortrag hielt über die gegnerischen Gewerkschaften. Der Redner kam in vortrefflichen längeren Ausführungen auf die letzten Jahre in der Organisationsbewegung und besonders auf die verfloßene Aussperrung im Baugewerbe zu sprechen und berichtete, daß vor der Bewegung und in den früheren Jahren von Jahr zu Jahr die christlichen Gewerkschaften einen scharfen Gegner in der sozialdemokratischen Organisation gefunden hätten, und daß es oft harte Kämpfe zwischen beiden Organisationen abgesehen hätte, besonders da, wo sich die christlichen Arbeiter die Gleichberechtigung der sozialdemokratischen Organisation hätten erkämpfen müssen. Er erinnerte hierbei an Köln, Düsseldorf und einige andere Städte. Während der Aussperrung sei dieser Bruderkampf etwas eingestillt gewesen, sei aber nach der Bewegung von neuem wieder aufgelodert. In den „Schlesischen Nachrichten“ sei ja schon zur Genüge darüber berichtet, und er stelle nur noch fest, daß tatsächlich die sozialdemokratische Organisation sich manches habe zuschulden kommen lassen. Ganz besonders sei versucht worden, Mitglieder christlicher Organisation auf die sozialdemokratische umzuschreiben. Weiter kam man auf einige Vorkommnisse zurück, wo Mitgliedern die Kleider und Schuhe zerstückelt wurden und ganz besonders auf die gemachten Ueberfunden, wo der christlichen Organisation der Vorwurf gemacht worden sei, sie habe den Tarif gebrochen. Auch wies der Redner mit aller Entschiedenheit zurück, daß sie eine Zentrumsgewerkschaft sei, und daß der Reichstagsabgeordnete Wieberg für die höhere Steuerbelastung der Arbeiter gestimmt hätte. In der Diskussion meldete sich der sozialdemokratische Beamte Bachmann. Er bestritt einiges dem Redner, als seien sie nicht die Schuldigen an diesen Vorkommnissen und man könnte es nicht als Schuld der Organisation bezeichnen, wenn von einzelnen Mitgliedern solches vorkäme. Auch versuchte er die christlichen Abgeordneten für die höhere Steuerbelastung verantwortlich zu machen, jedoch fanden seine Ausführungen in der Versammlung keinen Anklang. Es sprachen dann noch zwei Mitglieder des sozialdemokratischen Verbandes, unter anderem der Genosse Stark. Seine Ausführungen waren sehr interessant, indem er sagte: Wenn es einen Himmel geben würde, und es würden dort oben Bäume wachsen, dann würde unser Herrgott Knäuel abschneiden und die christlichen Gewerkschaftsführer damit durchschauen. Ferner wurde versucht, manches abzubreiten, was aber von den Mitgliedern des christlichen Verbandes, die auf den Baustellen gearbeitet hatten, nachdem richtiggestellt wurde. Dem sozialdemokratischen Beamten Bachmann wurde der Vorwurf gemacht, daß er hinter dem Rücken der Mitglieder besondere Abmachungen getroffen hat, was Bachmann abstrikt. Nachdem man sich von beiden Seiten zur Genüge ausgesprochen, kam der Referent Gewerkschaftssekretär Pfeffer zum Schlußwort und betonte, daß, nachdem jetzt sozialdemokratischseits eine Versammlung in der Angelegenheit stattgefunden hat, und auch ihrerseits die Angelegenheit als beendet erklärt wurde, sie weitere Versammlungen nicht mehr besuchen würden, zumal ihnen der Zutritt zu der sozialdemokratischen Versammlung verweigert wurde, sie erwarteten aber, daß auch die sozialdemokratischen Verbände unter ihren Mitgliedern darauf hinwirken, daß sich die Vorkommnisse der letzten Zeit nicht wiederholen. Auf beiden Seiten wolle man nun bestrebt sein, die Mißstände, die sich im Tarifvertrag ergeben, durch eine beiderseitige Aussprache zu beseitigen. Gegen 1/12 Uhr fand die Versammlung ihren Abschluß.

**Hagen, 27. September.** Wir wollen die Freiheit, aber unseren Mitmenschen verweigern wir dieselbe. Vorbenannte Parole scheinen sich die soz. Maurer und Hilfsarbeiter in ihrer sich selbst und die gesamte Arbeiterschaft schädigenden Dummheit als Grundfaß gemacht zu haben. Folgendes niederträchtige Beispiel gibt uns, außer so vielen nicht veröffentlichten, genügenden Grund, diese den „Genossen“ jedenfalls peinliche Behauptung zu beweisen. Vor mehreren Wochen reiste ich nach Hagen und fand hier selbst berufliche Tätigkeit als Maurer am Stadttheater bei der Firma Wiemer u. Trachte. Leider kam ich trotz eifriger Nachfrage zu der Ueberzeugung, daß außer mir nur noch ein christlich organisierter Bauarbeiter vertreten war. Da die Baustelle erst vor wenigen Wochen in Angriff genommen war, hatten die „Genossen“, zumal es mit wenigen Ausnahmen minderwertige Kräfte waren, nicht die Energie, mich über meine Verbandszugehörigkeit zur Rede zu stellen. Deshalb erklärte ich diesen Feigen, daß ich Mitglied des christlichen Bauarbeiterverbandes sei. Nach dieser von mir gemachten Äußerung raunten sich diese allerdhand Bemerkungen zu, aber möglichst so, daß ich es nicht verstehen konnte. Ihre wutverzerrten Gesichter gaben Zeugnis von der Boshaftigkeit über diese Tatsache. Mit Schmeizeln harrten sie auf ihren leibhaften Zuwachs, und durch geheimen Takt hatten sie auch bald einen Schmutz zusammengefaßt, dessen sich heute noch mancher bei mir arbeitende „Genosse“ schämt, so etwas als Mitglieder seines Verbandes anerkennen zu müssen. Jetzt glaube ich, resp. wir, uns in einem zoologischen Garten zu befinden. Die Pausen wurden ausgefüllt durch zahllose Beschimpfungen und Bedrohungen, welche mir den besten Beweis lieferten von der Genüßverderbung und dem tiefstehenden Charakter dieser Leute. Da habe ich gerne zugegeben, daß diese Menschen vom Affen abstammen. Die Ueberlegung und Denkfraft, welche die Kumpels an den Tag legten, waren meines Erachtens sehr wohl mit dem Instinkt eines Affen in Einklang zu bringen. Jetzt bekamen wir böse Christen eine Galgenfrist gesetzt von einem Tage, entweder umschreiben lassen, oder sie wollten anders mit uns verfahren. Da sie nun sahen, daß uns diese Drohung nur zum Lachen reizte, versuchten sie uns durch Entwendung von Sachen in das Lager dieser Felben hinüberzubringen. Wir wurden an diesem Tage ein Taschenmesser sowie ein Schlüsselbund gestohlen. Alle angewandten Schöfflichkeiten dieser Terroristen ließen uns jedoch kalt. Am Montag, den 26. September, kamen diese erbarmlichen „Brüder“ mit von Alkohol umflorten Augen auf die Baustelle und fielen wie die Wilden über einen von uns neu hinzugekommenen Kollegen. „Du brauchst hier gar nicht anzufangen, Christen gibt es hier nicht!“ usw. Dieser Kollege kümmernte sich nicht um die „Sozis“, sondern ging ruhig an seine Arbeit. Beim Frühstück beschloß dann diese nordischen Junglinge, ohne die Zustimmung langjähriger älterer Mitglieder, mit den christlich organisierten wird nicht mehr gearbeitet. Der rote Baubelegte, welcher schon 29 Jahre alt, aber erst wenige Wochenbeiträge in seiner ihm statt Verbandsbuch ausgestellten Invalidentkarte zu verzeichnen hatte, erklärte im Beisein eines von ihnen selbst für verrückt und blödsinnig erklärten Hilfsarbeiters vorerwähntes der Bauleitung. Diese machte selbige auf ihren Vertragsbruch aufmerksam, trotzdem beharrten sie auf ihrem Beschluß. Nun forderte der Delegierte seine Leute auf, die Arbeit nicht aufzunehmen. Wer was geschah? Einschließlich uns waren es 19, welche an ihre Arbeit gingen, 16 weigerten sich. Da machten aber letztere lange Gesichter und beschimpften ihre eigenen Kollegen. Es half alles nichts,

sie wurden sofort entlassen. Jetzt gab es Folgen zu sehen, standen dort einige dieser Entlassenen in einer Ecke und vergossener bittere Tränen, was mir selbst sehr zu Herzen ging und i.) Ihnen noch mein Beileid ausgesprochen habe. Weshalb diese Leute geheult haben, ist wohl leicht erklärlich, sie sahen ein, daß sie in dieser Organisation der Vereinerung preisgegeben und auch arbeitslos waren; durch Vertrauenspersonen der „Noten“ waren sie arbeitslos geworden. Die Landesprodukte der roten Erde vollbringen solche jeden ausländigen Menschen beleidigende Streiche. Hoffentlich denken die in Mitteleuropa bezogenen, ich will sie „Kollegen“ nennen, darüber nach, und handeln dementsprechend. Jedem christlich organisierter Kollegen rufe ich zu: Behandelt die Genossen, wie es ihre Vornehmen nötig macht und es von uns verlangt. Wir wollen zwar keinen Terrorismus an ihnen ausüben, sondern durch gute Beispiele die bis jetzt schon bei ihnen erworbenen Anerkennung der Bildung und des Ansehens der christlichen Gewerkschaftler bestätigen.

**Jugoskiadt.** Die beiden Bahnhöfe Jugoskiadt und Mailing hatten am 24. September eine gemeinsame außerordentliche Mitgliederversammlung einberufen. Als Referent war Kollege Schmidt-Berlin erschienen. Redner behandelte in seinem ausführlichen Vortrage den Gang der diesjährigen Aussperrung und die Stellung, welche unsere Organisation bei dem Kampfe eingenommen habe. Die Bearbeitung der Öffentlichkeit sei eine der wesentlichsten Aufgaben bei dem Kampfe gewesen, da der Arbeitgeberbund versucht habe, die ganze Bewegung als eine sozialdemokratische Parteibewegung hinzustellen. Aufklärung in diesem Falle sei durch die bürgerliche Presse notwendig gewesen, dieses sei in ausgiebiger Weise durch das von uns eingerichtete Preszbureau geschehen. Somit habe unser Verband zu dem Erfolge, welcher der Bauarbeiterschaft durch den Kampf zugute gekommen ist, sehr wesentlich beigetragen. Redner trat dann der Ansicht, welche verschiedentlich aufgetaucht ist, entgegen, wonach der Verband bei der Aussperrung ein Geschäft gemacht habe. Die Kollegen müßten selbst einmal eine Berechnung anstellen; er wolle nur erwähnen, daß der Kampf unserer Organisation annähernd 800 000 M. gekostet habe, da solle sich jeder einmal selbst eine Berechnung anstellen, dann würde er schon herausfinden, wie das „gute Geschäft“ aussehe. Wenn „der Kampf“ auch bedeutende Mittel gekostet habe, so könnten wir doch mit Stolz behaupten, daß wir den Kampf mit eigenen Mitteln geführt hätten. Gegenteilige Behauptungen der Gegner seien nichts weiter wie Verleumdung. — In der Diskussion sprachen sich mehrere Kollegen im Sinne des Referats aus. In seinem Schlußwort wies der Referent darauf hin, daß uns der Vertrag nicht nur Rechte gewähre, sondern auch Pflichten auferlege. Wer daher die vertraglichen Rechte voll genießen wolle, müsse auch die Pflichten, welche das Vertragsverhältnis erbe, auf das peinlichste erfüllen; denn nur auf wirklich paritätischer Grundlage könne die Vertragsidde in den beteiligten Kreisen Vertiefung und Ausdehnung erfahren.

**Kempen-Schildberg.** Am 28. und 29. September cr. hielt der sozialdemokratische Beamte Stöfel aus Bromberg an genannten Orten Versammlungen ab. In der ersten Versammlung erschienen ca. 9-10 Kollegen, darunter einige Fortschneiber und Köpfer, sowie 4-5 Maurer. Es sollte versucht werden, in Schildberg auch eine Zastelle des sozialdemokratischen Verbandes zu gründen. Es ist dies jedoch dem „Genossen“ Stöfel nicht gelungen. Ein Mitglied unseres Verbandes, welches bereits über neun Wochen im Rückstande war, wollte dem sozialdemokratischen Verbände beitreten. Ob es geschehen ist, ist uns unbekannt, desgleichen drei andere, die bereits aus unserer Verbände durch rückständige Beiträge ausgeschieden waren. Ein weiteres Mitglied, das man auch schon in ihren Reihen zählt, hat in unserer Versammlung erklärt, daß es nach wie vor Mitglied unserer Organisation bleibt. Somit würde schließlich einer übrig bleiben, der sich zum sozialdemokratischen Verbände zählte. In Kempen erschienen zwei Redner, „Genosse“ Stöfel aus Bromberg und ein weiterer Beamter aus Breslau oder Katowitz. Sie hatten sich auch in Kempen die denklichste Mühe gegeben, um einige Kollegen in das Verbandslokal zu bekommen; leider waren die Mühen ohne Erfolg, denn auch nicht ein einziger hatte die Versammlung besucht. Unsere Kollegen in Kempen, Schildberg sowie Groß-Wartenberg müssen nun etwas auf dem Posten sein, damit sie diejenigen, die schließlich die Extrabeiträge nicht zahlen wollten und so aus der Organisation ausscheiden; wieder heranziehen, denn sie sehen, daß man andererseits es nicht so genau nimmt. Bei einigermaßen guter Arbeit unserer Vertrauensleute dürfte es möglich sein, auch den letzten in den Kreisen Kempen, Schildberg und Wartenberg in Betracht kommenden Kollegen unserer Organisation zuzuführen. Weit über 300 Mitglieder gehören dort unserer Organisation an und dürften die wenigen, die der Organisation noch fernstehen, bald auch gewonnen werden.

**Mülhausen i. E.** Die am Sonntag, den 24. September, nachmittags 3 Uhr, im Lokal Zehle einberufene außerordentliche Generalversammlung der christlich organisierten Bauarbeiter war, wie nicht anders zu erwarten, gut besucht. Kollege Heurich referierte über den von den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern geplanten Vernichtungskampf der christlichen Bauarbeiterorganisation im Elsaß. Der Redner schilderte einleitend die Entwicklung der christlichen Bauarbeiterorganisation im Elsaß und wies nach, wie die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer die christliche Organisation von Anfang ihres Bestehens an bekämpft hätten. Ja, sogar mit den verwerflichsten Mitteln. Troßdem sei die christliche Organisation groß geworden und habe sich zum Kerger der Sozi Einfluß bei den Arbeitgeberern sowie an anderen Stellen erkauget. Redner wies unter kirchlichen Entrüstungsrufen nach, wie die „freien“ Gewerkschaftsführer schon während der Aussperrung die christliche Organisation bekämpft hätten und sich damals schon bemüht haben, ihr Mitglieder abzutreiben. Besonders habe sich der „Genosse“ Wolf darin hervorgetan. Redner bezeichnete die Wolf'sche Agitationsweise, die er besonders bei den christlich organisierten italienischen Kollegen in letzter Zeit betreibt, als gemeinlos. Uebergehend zu dem brutalen Terrorismus der Sozialdemokraten, der in letzter Zeit in Mülhausen an der Tagesordnung ist, wies Redner nach, wie der Terrorismus von den Führern stillschweigend gebilligt würde. Die Führer hätten trotzdem noch den traurigen „Mut“, sich zu entrüsten, wenn die Leitung der christlichen Organisation dazu öffentlich Stellung nehme. Redner ging in längeren Ausführungen auf die öffentlichen Versammlungen, die seitens der „Freien“ gegen die christliche Organisation, besonders gegen deren Führer einberufen worden seien, ein. Treßend und unter lebhaftem Beifall wies er nach, was die „roten“ Führer damit beabsichtigt hätten. Man hätte tiefsten gewissenlosen Gegnern darauf die richtige Antwort geben müssen und dies sei in ausreichendem Maße geschehen. In geradzuläherliche Widersprüche hätte sich der Bezirksleiter Voigt verwickelt, deshalb habe er auch im „Grundstein“ eine nichts sagende Notiz losgelassen. Redner verlas unter Beileid der Versammlung diese Verteilungsnote. Es fiel geradabzu gewissenlos gewesen, als Voigt in der Versammlung seine Mitglieder wiederholt aufgefordert habe, dafür zu sorgen, daß der christliche Heurich aus Mülhausen verschwinde!!! Er habe damit nicht bloß zum Terrorismus aufgefordert, sondern zu direkten Gewalttätigkeiten gegen Heurich. Wir gehen dem Kampf aber nicht aus dem Wege, kraft unserer Ueberzeugung. Schließen wir unsere Reihen enger und der Kampf wird an der Geschlossenheit unserer Organisation ab-



Prallen, wenn auch einige dicke Kette abfallen. Dehbarer Bel- fall folgte diesen Ausführungen. Nach längerer Diskussion wurde eine Resolution angenommen, die sich gegen das Treiben der Genossen richtete und die eigenen Mitglieder aufforderte, trenn zu ihren Führern zu stehen, und die ihnen volles Vertrauen aus- spricht.

Saarbrücken. Der „Genosse“ Horter-Mannheim versucht in Nr. 89 des „Grundstein“ seinem Vorgesetzten über das Vordrängen unserer Bewegung im Bezirk Saarbrücken Luft zu machen. Zu diesem Zweck muß er längst widerlegte Behauptungen aus dem Jahre 1909 von neuem aufstellen, denen er in bekannter heuchlerischer Weise einen Schein von Wahrheit zu geben bestrebt ist. Mit Beuten, die offenkundige Tatsachen einfach unterlassen anzugeben, in Versammlungen Behauptungen aufstellen, für die sie auch nicht den Schein eines Beweises an- treten können und dann dem Gegner nicht mehr das Wort zur Erwiderung geben, sich in eine weitere Polemik einzulassen, hiesie sich selbst aufgeben. Die innere Fäulnis, die im sozialdemokra- tischen Lager sich bemerkbar macht, wollen wir nicht aufhalten. Das bekannte Müllersche Rezept: die christlichen Führer treten wir vor den Bauch, den Mitgliedern schmeicheln wir, wirkt bei den christlichen Gewerkschaftlern nicht mehr. Unsere Mitglieder wissen, was sie von den „freundlichen Annäherungsversuchen“, verbunden mit der Aufforderung zum Uebertritt, zu halten haben. Der Wolf in Schafspelz ist erkannt. Mit dieser „feinen“ Taktik werden Horter und Schroth keine Vorbeeren ernten, was ihnen ihr Gesinnungsgenosse Vogt, der auch so „arbeitete“, von Trier bestätigen kann. Bei der verlossenen Ausprägung war ebenfalls ein Mittel angewandt worden, welches den schärfsten erwarteten Mitgliederzuwachs von der christlichen Organisation bringen sollte. Man ging dazu über, Mitgliedern, die während der Ausprägung weiterarbeiteten und, wie festgestellt wurde, einen höheren Lohn verdienten wie vor der Ausprägung, obendrein noch Unterstützung zu zahlen. Auf diese Weise dachte Schroth die Mitglieder unseres Verbandes herüberziehen zu können. Er hatte jedoch kein Glück damit, denn auch dieses Mandat war zu durchsichtig, um nicht von einflussreichen Kollegen durchschaut zu werden. Da diese Schlaubreit nur in den Dörfern angewandt wurde, wo unsere Organisation in Frage kam, in anderen nicht, so wurde das Gegenteil erzielt von dem was man wollte. Trotz Anwendung solcher und ähnlicher Mittel, durch beachtliche Ausschüttung der Organisation, auch nicht durch Verbindung mit einzelnen Unternehmern, wird das gesteckte Ziel, unser Aufstreben zu verhindern, zu erreichen sein.

Waldburger Bezirk. Auch im hiesigen Revier ver- suchen die Sacharbeiter, „Sich Berlin“ mit aller Kraft eine eigene Gruppe der Bauarbeiter zu gründen. Nachfolgender Brief wurde an jeden nicht rot organisierten Maurer und Bauhilfsarbeiter geschickt:

„Waldburg, den 20. 9. 1910.

Hierbei Kollege!

Freitag, den 23. September 1910, abends 8 Uhr findet in der „Stadtbrauerei“ in Waldburg eine Besprechung der katholischen Bauarbeiter von Waldburg und Umgegend statt, zwecks Gründung einer Berufsgruppe der Bauarbeiter Waldburgs.

Wir laden Sie zu dieser Besprechung ein mit der Bitte, Freunde und Gesinnungsgenossen mitzubringen.

Kollegen! Wir sind es uns selbst schuldig, daß wir uns zusammenschließen, um unsere wirtschaftliche Lage, unser Lohn- und Arbeitsverhältnis zu bessern. Bleibe deshalb feiner zurück. Erscheint alle und legt dadurch Zeugnis ab, daß Ihr gewillt seid, Eure Interessen auf katholischer Grund- lage zu vertreten.

Mit freundlichem Verbandsgruß.  
August Göbel, Maurer.

Kollegen aus den Nachbarorten, die ihr hier im Revier euer Brot verdienen und die ganze Woche, außer Sonntags, hier wohnen müßt, dürft nicht ruhig zusehen, wie eine Gruppe sich einschleichen will, die erst im vorigen Jahr im Baugewerbe in Oberhessen Berrat beging. Denkt daran, daß jeder christ- liche Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter in den Zentralverband christlicher Bauarbeiter gehört. Darum brecht eine ganze zu- sammen der christlichen Gewerkschaften in der Agitation. Nur Unwissenheit in den Reihen der Unorganisierten hält diese vom Eintritt in den Zentralverband christlicher Bauarbeiter ab. Es ist doch nicht zuletzt auch euer eigener Schaden, wenn die Sacharbeiter hier noch im Baugewerbe Fuß fassen sollten.

### Soziale Wahlen.

Dortmund. Sonntag, den 25. September, fand die Ver- kreterwahl zur hiesigen Allgemeinen Ortskrankenkasse statt. Die sozialdemokratische Mehrheit hatte an Stelle der bisherigen Bezirksräte die einfache Mehrheitswahl eingeführt, um so die ihnen unangenehm gewordenen christlichen Vertreter auszu- schalten. Im Jahre 1908 hatte die christliche Liste in drei Bezirken gesiegt, die der Genossen in fünf Bezirken. In diesem Jahre wurde zwar in sieben Lokalen gewählt, aber die abge- gebenen Stimmen wurden aus allen sieben Lokalen zusammen- gezählt und wer dann die Mehrheit hatte, stellte sämtliche Ver- treter. Das Wahlergebnis war folgendes: für die Liste der christlichen Gewerkschaften wurden insgesamt 1709 Stimmen ab- gegeben, für die Liste der „freien“ Gewerkschaften 2314. 1908 erhielten die christl. Gewerkschaften 1064 Stimmen und die „Freien“ 1332. Somit hat sich unsere Stimmenzahl um 645 erhöht, wobei noch zu bemerken ist, daß im Jahre 1908 die evangelischen Arbeiter- und Männervereine mit uns verbündet waren, in diesem Jahre jedoch abseits standen. Nun sind ja die „Genossen“ unter sich und brauchen sich keiner Kritik der christlichen Vertreter unterziehen, wenn sie die Leistungen der Kasse an frange Mitglieder herabsetzen, wie in diesem Jahre, wodurch man eine Ersparnis von 59 000 M. erzielen wollte. Die Kassenerhältnisse sind unter der „roten“ Mehrheit sehr traurige, sind doch in den letzten vier Jahren 88 000 M. dem gesetzlichen Reservefonds zu wenig zugeführt worden, und doch laufen noch so viele dieser Marktschreier nach. Hier kann man auch sagen: Nur die allerhöchsten Kälber wählen ihre Metzger selber. Die christlichen Gewerkschaftler haben gezeigt, daß sie auf dem Posten sind, und werden bei der nächsten Wahl, wenn von Seiten der Gewerkschaft ein anderer Wahlmodus geschaffen ist, schon ihren Mann stellen, das hat die diesmalige Wahl gezeigt.

### Gerichtliches.

#### Die Katastrophe auf dem Bahnhof zu Bremen vor dem Reichsgericht.

ak. Leipzig. (Nachdruck verboten.) Im November 1909 wurden in der Bremer Bahnhofshalle Renovierungsarbeiten vor- genommen, die von der Eisenbahndirektion dem Malermeister S. übertragen worden waren. Dieser hatte sich behufs Sicherung des dazu nötigen Gerüstes mit dem Zimmermeister P. in Ver- bindung gesetzt, woraus sich die Herstellung des Maler- gerüstes übernahm. Es wurde in der Weise vorgegangen, daß jedesmal drei Bogen mit einem Gerüst versehen wurden und dann das Gerüst weitergerückt werden sollte. Die Maler arbei- teten in vier Kolonnen zu vier Mann; die „Reinmachkolonne“ hatte die Eckenstücke von der alten Fachwerkhalle zu reinigen; dann trat sie ihren Platz an zwei „Anstreichkolonnen“ ab, und die

letzte Arbeit wurde der „Reinmachkolonne“ überlassen. Am 8. November 1909 stürzte das vom Zimmermeister P. erbaute Gerüst, als gerade die Reinmachkolonne auf ihm arbeitete, in- folge Bruches eines Nageelholzes ein, fiel mit samt den darauf beschäftigten Malern auf den in der Halle stehenden D-Bug Berlin-Wilhelmshaven, wobei vier Arbeiter getötet und einer schwer verletzt wurden. Das Landgericht Bremen hatte, unter Freisprechung des Malermeisters S., den Zimmermeister P. verurteilt, weil er durch Fahrlässigkeit den Tod der vier Ar- beiter und die Körperverletzung des einen verursacht habe, und hatte als erschwerend in Betracht gezogen, daß P. zu der Auf- merksamkeit, welche er aus den Augen setzte, vermöge seines Gewerbes besonders verpflichtet gewesen sei. Der Einsturz sei auf mangelhafte Beschaffenheit des Baugerüstes zurückzuführen. Ein- mal seien die verwendeten Nageelhölzer von 10: 12 Zentimeter für eine Spannweite von 6,25 Meter zu schwach und dann sei auch das Holz selbst nicht in baugerechtem Zustande gewesen. In demselben hätten sich rostige Böcher von früheren Nägeln befunden, ferner hätten Risse im Holz und in einem Balken sogar Spuren gezeigt, daß das Holz schon früher zum Eingraben in den Erdboden benutzt worden wäre. Zur nötigen Sicherheit hätte das Gerüst entweder am Nageelholz unterstüßt oder durch verstellbare Hängeeisen verstärkt werden müssen. Wenn auch P. noch nicht einen solchen Gerüstbau ausgeführt habe, so seien doch von ihm als erfahrenem Zimmermeister alle Umstände wohl ins Auge zu fassen gewesen. Wenn S. ihm gesagt habe, daß nur drei Mann regelmäßig auf dem Gerüst arbeiten würden, so hätte er doch immerhin auf eine zeitweilige höhere Belastung rechnen müssen und eine Belastung mit drei Mann niemals seiner Berechnung zugrunde legen dürfen. In Anbetracht der beim Baue vorliegenden besonderen Umstände habe P. das ver- wendete Holz besonders sorgfältig auswählen und die Be- lastungsprobe selbst vornehmen müssen, nicht aber unter all- gemeinen Anweisungen seinen Leuten überlassen dürfen. P. habe vor dem Landgericht jede Schuld bestritten und ausgeführt, und wie erwähnt, ganz besonders betont, der Malermeister S. habe ihm bei der Uebernahme des Auftrags gesagt, es würden nur zwei bis drei Mann auf dem Gerüst arbeiten. Er habe erst ein anderes Gerüst bauen wollen; aber der Kostenanschlag sei dem S. zu hoch gewesen. Erst auf die Versicherung des P., daß nur die angegebene Zahl von Leuten auf dem Gerüst ar- beiten würden, habe er gegen einen geringeren Betrag das leichtere Gerüst geliefert. In seiner Revision beim Reichsgericht rügte P., daß das Urteil des Landgerichts in sich Widersprüche enthalte. Der Kaufzusammenhang zwischen der Ursache und dem Verschulden sei nicht nachgewiesen. Außerdem berief sich P. nochmals auf seine Besprechung mit S. Das Gerüst sei unter Umständen selbst für sechs Personen stark genug gewesen, denn in den Kaufen hätten sich oft sechs Mann auf demselben zu gleicher Zeit aufgehängt. Der Unfall wäre vermieden worden, wenn S. seiner Zusicherung nachgekommen wäre. P. habe sich auf F. verlassen dürfen, daß keine Mehrbelastung erfolgte. Dem- nach sei die Schuld an dem Ereignis auf S. zurückzuführen. Auch dadurch habe P. seine Pflicht als Leiter des Gerüstbaues nicht verletzt, daß er seinen Leuten die Prüfung der Tragfähigkeit der Balken überlassen habe; denn diese Arbeiter seien schon lange bei ihm in Stellung gewesen, so daß er sich auf sie habe ver- lassen können. Das Urteil des Landgerichts ermangle einer Feststellung dahin, wie weit P. Zufälligkeiten hätte berücksich- tigen müssen, ebenso wie weit das Gerüst selbst solche in Be- tracht gezogen habe. Das Reichsgericht verwarf jedoch, den Ausführungen des Reichsanwalts entsprechend, die Revision des Angeklagten. Das Urteil des Landgerichts Bremen enthalte keinerlei Rechtsirrtum. Der Angeklagte sei Zimmermeister, der gewerbmäßig Gerüste aufstelle und habe im vorliegenden Falle mit dem Malermeister S. einen Vertrag abgeschlossen, der un- abhängig von dem Vertrage desselben mit der Eisenbahndirektion sei. P. sei damit Unternehmer und trage als solcher die straf- rechtliche Verantwortung für den Bau. Das Landgericht habe festgestellt, daß der Einsturz durch die mangelhafte Beschaffenheit des Gerüstes verursacht ist, sowie daß P. bei nötiger Sorgfalt die drohende Gefahr hätte voraussagen können. Auch der Einwand des Angeklagten, S. habe ihm versichert, es kämen nur drei Mann auf das Gerüst, könne ihn nicht von seiner Verant- wortlichkeit befreien. Denn es sei zwar nicht nachgewiesen, daß ein derartiges Abkommen nicht getroffen sei, es sei aber auch nicht festgestellt, ob es getroffen sei. Tatsächlich aber sei er- wiesen, daß der Angeklagte die gegebenenfalls gemachte Zusie- rung nicht so auffassen durfte, wie er behauptet, und daß er sie auch nicht so aufgefaßt hat. Eine der mitwirkenden Ur- sachen sei die Schlechtigkeit des Materials gewesen und damit sei der Kaufzusammenhang tatsächlich festgestellt. P. hätte da- mit rechnen müssen, daß die gegebenen Anweisungen über- treten werden würden und sorgfältiger zu Werke gehen sollen. (Urteil des Reichs-Gerichts vom 26. Sept. 1910.)

Dortmund. (Nachlänge zum wilden Zimmererstreik.) Be- kanntlich haben die roten Zimmerer Dortmunds sich dem in Dresden gefällten Schiedsspruch nicht unterworfen, und sie proklamieren für Dortmund den Streik, der ja mit einer Nieder- lage endete. Die christlichen Zimmerer dagegen nahmen die Arbeit nach Fällung des Schiedspruchs auf, wurden aber von den „Genossen“ verfolgt und beschimpft. Am 4. August tat sich der Zimmerer Kluge besonders hervor und beschimpfte die christlichen Zimmerer, als sie zur Arbeit gingen, mit den Worten „Ihr verdammten Streikbrecher!“ Kluge wurde am 27. September vom Dortmunder Schöffengericht zu 10 M. Geld- strafe und die Kosten verurteilt.

### Von den Arbeitsstellen.

Bochum. Am Freitag, vorm. gegen 10 Uhr, stürzte die Eisenbetondecke am Hinterebau Arnold in der Joachimstraße mit lautem Knack zusammen. Ein Wunder ist geschehen, kann man sagen, daß keiner der dort beschäftigten Bauarbeiter verletzt ist. Am Abend 15 Bauarbeiter waren in diesem Bau beschäftigt. Im Erdgeschosse arbeiteten neun Personen, der Maurer Riemen- schneider wurde dadurch aufmerksam, daß ihm Sand auf den Kopf rieselte, er schaute zur Decke und sah mehrere Risse, schnell rief er seinen Arbeitskollegen zu: „Maus, raus! die Decke stürzt zusammen! Alle liefen ins Freie, der letzte war kaum draußen, so erfolgte der Einsturz. Von mehreren Schreibern, die in der ersten Etage arbeiteten, ist einer mit der Decke in die Tiefe gestürzt, blieb aber auch zum Glück unverletzt, die übrigen stürzten in den äußersten Flügel, welcher stehen blieb, mit einer Leiter wurden selbige heruntergeholt. Man kann somit sagen, ein Glück beim Unglück. Ueber die Ursache des Einsturzes kann zurzeit noch nichts gesagt werden. Die Untersuchung wird näheres ergeben.

Gannover. Am Dienstag, den 4. Oktober, ereignete sich hier ein schwerer Unglücksfall. Der Maurer Franz Mursal aus Giebolds- hausen stürzte vom Dachgeschoß herunter zur Erde. Mursal erlitt einen schweren Bein- und Armbruch sowie eine Verletzung am Knie und mußte ins Krankenhaus befördert werden. An dem Bau, der von dem Baugeschäft Schmitz & Rauf ausgeführt wird, fehlt das Schutzgerüst. Da nun überhand gemauert wurde, mußte ein Schutzgerüst vorhanden sein. Leider beweist auch dieser Fall wieder, wie leichtfertig mit dem Leben des Bauarbeiters umge- gangen wird. Hätte ein Schutzgerüst vorhanden gewesen, wäre der Unglücksfall zweifellos verhütet worden. Mursal ist 18 Jahre alt und Mitglied unseres Verbandes.

## Zentralverband christlicher Bauarbeiter Deutschlands.

Abrechnung der Zentralkasse für das erste Halbjahr 1910.

Table with columns: Description, M, S. Title: Abrechnung der Zentralkasse für das erste Halbjahr 1910. Subtitle: Einnahme.

### Ausgaben der Zentralkasse pro erstes Halbjahr 1910.

Table with columns: Description, M, S. Title: Ausgaben der Zentralkasse pro erstes Halbjahr 1910.

Table with columns: Description, M, S. Title: Bilanz.

Vorstehende Abrechnung haben wir geprüft und mit den Be- legen in Einnahme und Ausgabe in Uebereinstimmung gefunden. Der Kassenbestand ist uns nachgewiesen.

Berlin, den 1. Oktober 1910.

Die Revisoren: Th. Händchen-Bochum, August Krefz-Cladbeck, Heinrich Pöhlmann-Braunschweig, Fr. Jacobi, Kassierer.

### Bekanntmachungen.

Als verloren wird gemeldet die Buch-Nr. 117 234 nebst Streifenkarte, lautend auf Josef Rudack (Sommer über in W.-Cladbach gearbeitet), z. B. Engen, Dörfstraße 5.

### Bezirk München, Verwaltungsstelle Augsburg.

Die ausgeschriebene Stelle, betreffs Anstellung einer zweiten Kraft für den Bezirk München unseres Verbandes mit dem Sitz in Augsburg, ist in der Sitzung vom 25. September d. J. von der hierzu eingesetzten Kommission dem Kollegen Joseph Lang in München übertragen worden. Derselbe hat bereits den Posten mit dem 1. Oktober l. J. in Augsburg angetreten. Die Mitglieder der Verwaltungsstelle Augsburg insbesondere haben sich nun in allen Verbandsangelegenheiten an ihn zu wenden. Das Verbandsbureau befindet sich: Augsburg, Neukeres Pfaffengäßchen E 220/1, Telephon 399.

### Bezirk Breslau.

Für Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter haben wir in einigen Städten der Provinz Schlesien Arbeitsgelegenheit, zum Teil Winterarbeit. Arbeitslose Kollegen wollen sich sofort melden bei Ed. Pfeffer, Breslau VIII, Maurerzunftplatz 4 II. Diejenigen Kollegen, welche jetzt im Westen Deutschlands ar- beiten, aber bald nach Hause fahren, möchten wir ebenfalls ersuchen, möglichst bald ihre Adressen anzugeben, damit wir uns auch mit diesen wegen der Agitation verständigen können. Ed. Pfeffer.

Bauhilfsarbeiter, Zahlstelle Dortmund. Unsere nächste Mitgliederversammlung findet am Mitt- woch, den 19. Oktober, abends 8 Uhr, statt. Näheres erfahren die Kollegen in der Versammlung. (1,90) S. Kräft, I. Vorsitzender.